

Sächsische Zeitung



1917 Nr. 350

für Anhalt und Thüringer.

Jahrgang 210

Zweite Ausgabe

Donnerstag, 12. Juli 1917

Bezugspreis für Halle a. S. 2.35 Mk. ...
Verantwortlicher: Dr. Simon, Halle.

Abgabegebühren für die Abnehmer ...
Verantwortlicher: Dr. Simon, Halle.

Ein Ergänzungsverlaß zur Osterbotschaft des Kaisers

Abänderung des Wahlrechts zum Abgeordnetenhaus auf der Grundlage des gleichen Wahlrechts

Berlin, 11. Juli. Amlich. Seine Majestät der König hat an den Präsidenten des Staatsministeriums den folgenden Erlass gerichtet: Auf den Mir in Befolgung Meines Erlasses vom 7. April d. Js. gehaltenen Vortrag Meines Staatsministeriums bestimme Ich hierdurch in Ergänzung desselben, daß der dem Landtage der Monarchie zur Beschlußfassung vorzuliegende Gesetzentwurf wegen Abänderung des Wahlrechts zum Abgeordnetenhaus auf der Grundlage des gleichen Wahlrechts aufzustellen ist. Die Vorlage ist jedenfalls so frühzeitig einzubringen, daß die nächsten Wahlen nach dem neuen Wahlrecht stattfinden können.

Ich beauftrage Sie, das Erforderliche zu veranlassen.
Großes Hauptquartier, den 11. Juli 1917.
gez. Wilhelm R.
gegegenges. Wehmann Hollweg.
An den
Präsidenten des Staatsministeriums.

Berlin, 11. Juli. Die „Nordd. Allg. Sta.“ schreibt zu obigen Erlass:
Der vorstehende Erlass schafft über die Frage des gleichberechtigten Wahlrechts volle Klarheit. Die in der Osterbotschaft zunächst offen gelassene Frage, ob die Reformvorlage neben dem direkten und geheimen Wahlrecht ein Wahlminderrecht oder das gleiche Wahlrecht vorsehen solle, ist nunmehr in letzterem Sinne entschieden worden. Damit ist dem Staatsministerium, nachdem es Sr. Majestät dem König im beschlossenen Vortrag gehalten hat, ein bestimmter Gehör für die Auffassung der Vorlage vorgezeichnet, über die der Landtag zu entscheiden haben wird. Zudem der König in freier Entscheidung seinen Willen kundgab, bekräftigt er in weithin erkennbarer Zeit sein festes Bestehen in seiner Hoffnung, das zu lösende Wahlrecht mit dem in Genuß zu bringen. Es ist ein außerordentlich hoher Bedeutung für Preußen und für Deutschland, den Sr. Majestät mit der Zeichnung des Erlasses vollzogen hat. Daß dieser Akt, der aus dem gewaltigen Willen dieses Kaisers die nunmehrigen Folgen zieht, für seine Stärke und Kraft von dauerndem Wert sein werde, ist unsere feste Überzeugung.

Die schwabende Krise

Berlin, 11. Juli. Der Kaiser empfing gestern abend den österreichisch-ungarischen Botschafter, hörte heute vormittag den Vortrag des Chefs des Zivilkabinetts und die militärischen Vorträge und empfing den Wunsch des Kronprinzen.
Berlin, 11. Juli. Der Streik in der Westfront der Kaiser in Aussicht genommenen Entscheidung heute morgen in Berlin eingetroffen. Seine Berufung kennzeichnet die Tragweite der zu erwartenden Ereignisse. Der Kaiser ist der Meinung, daß die bevorstehende Kriegslage in der deutschen Verfassungslage einreißt, daß ihre Wahrung über seine Regierungsbefugnisse hinaus gehen und auf dem Grunde hätte er es für geboten, die Entscheidung nicht ohne den Landtag zu treffen.
München, 11. Juli. Die Korrespondenz Hoffmann meldet: Staatsminister Dr. Graf v. Hertling hat sich heute abend für einige Tage nach Berlin begeben.

Die Stellung des Reichskanzlers

Berlin, 11. Juli. Ueber die Stellung des Reichskanzlers sind heute im Reichstage noch immer die widerstreitendsten Gerüchte im Gange. Die „B.“ erfährt von einer Seite, die gestern mit Herrn von Bethmann Hollweg persönlich konferierte, daß ein Rücktritt des Kanzlers nicht wahrscheinlich sei. Er bestreite nach wie vor das Vertrauen des Kaisers und auch der Mehrheit des Reichstages. Sie würde, wenn er die von ihr gestellten Forderungen erfüllt, gegen das Vertrauen des Kanzlers im Amt nichts einzuwenden haben. Von anderer Seite wieder wird berichtet, daß sowohl im Zentrum wie bei den Nationalliberalen starke Strömungen gegen den Kanzler vorhanden sind und daß der Gedanke, er müßte die Umbildung der Regierung an Haupt und Wiedern erfolgen, immer mehr an Boden gewinnt.

Abendbericht des Großen Hauptquartiers

Berlin, 11. Juli, abends. (Amlich.) Im Westen verlief sich gestern Artillerietätigkeit. Im Osten stehen südlich des Dniepr deutsche und österreichisch-ungarische Truppen an der Lonnica wieder in Gefechtsführung mit den Russen.

Der österreichische Generalstabsbericht

- Wien, 11. Juli.** Amlich wird verlautbart:
 - Deftlicher Kriegschauplatz**
In den Karpathen hält die rege Gefechtsfähigkeit an. Südlich des Dniepr wurden die Bewegungen der verbündeten Truppen ohne Störung durch den Gegner vollzogen. Sonst nichts von Belang.
 - Italienischer Kriegschauplatz**
Am Isonzo gewinnt das feindliche Geschützfeuer allenthalben an Stärke.
 - Südböhmischer Kriegschauplatz**
Unverändert.

Der Chef des Generalstabes

Berlin, 11. Juli. Die „Politische Zeitung“ bespricht, daß von der Fortschrittlichkeit des Zentrums im Auftrage der Fraktion ein Schreiben an den Reichskanzler gerichtet worden sei, in dem sich die Fraktion gegen ein Verbleiben des Reichskanzlers in seinem Amt ausgesprochen hätte. Das Blatt glaubt, den Inhalt dieses Schreibens dem Sinne nach angeben zu können. Wie uns vom Vorstand der Fraktion des Zentrums mitgeteilt wird, ist ein derartiges Schreiben, das übrigens auch den Aufstellungen der Fraktion nicht entsprechen würde, weder verfaßt noch abgehandelt worden.

Ausländische Pressestimmen

Wien, 11. Juli. In Bezugung der politischen Krise in Deutschland führt die „Neue Freie Presse“ aus: Von allen Blicken der Erde habe das deutsche in seinen geistigen Anlagen die beste Vorbereitung zur demokratischen Politik. Deutschland werde durch die Demokratie nur gewinnen und nichts verlieren. Seine Demokratie werde echt und lauter, aber gewiß kein Umsturz werden. Die Frage, ob die bevorstehenden Entscheidungen den Frieden sichern, sei heute kaum zu beantworten. Die Demokratie sei für die Regierungen der Entente ein Vorwand zum Rückwärts. Zum Frieden ohne Eroberungen bekannte sich England nie. Es sei aber nicht unmöglich, daß die Volksmassen, denen beständig verdrängt wurde, daß die Entente den Krieg für die Ausbreitung der Demokratie führe, und den Frieden nur mit freien Nationen schließen wollen, an diesen Gedanken glauben. Sie werden jetzt hören, daß auch die Deutschen auf dem Wege zur Demokratie sind, und daß große Parteien mit der Volksmehrheit im Hintergrunde zum Frieden ohne Eroberungen sich entschließen haben.

Amsterdam, 11. Juli. Die Wälder widmen den Vorträgen im Hauptausfluß des Reichstages ausführliche Beredungen. Sie verhalten sich im ganzen zurückhaltend und abwartend. — „Allgemeine Handelsblad“ schreibt: Es muß eine Entscheidung fallen nach rechts oder links. Darauf wartet Deutschland. — „Nieuwe Rotterdamse Courant“ sagt: Im Augenblick vollzieht sich in Deutschland eine große Umwälzung. Sie ist nicht von heute oder gestern, sondern eine Folge der Entscheidung, die schon zur Friedensseite einlegte. — „Rassisch“ meint: Das Gewitter, das sich über Deutschland zusammengezogen hat, kann in der Atmosphäre des Kriegszustandes, worin wir schon so lange leben, eine sehr eingreifende Veränderung hervorbringen und vielleicht mehr Einfluß haben als die wichtigsten militärischen Erfolge.

Osaka, 11. Juli. „Sei Waderland“ schreibt über die Vorgänge in Deutschland: Diese friedliche politische Umwälzung, die so mit einem Male vollzogen wird, wenn sie auch sehr langer Zeit vorbereitet wurde, wird von großer Tragweite nicht nur für den inneren Zustand Deutschlands sein, sondern auch für die auswärtigen Beziehungen des Reiches und die kommende Friedenszeit.

Neuorientierung

Nicht nur in konservativen, auch in allen andern Kreisen wird die Ueberzeugung deutlich, daß der konservativen Gedanke an sich durch den Krieg nicht nur nicht erschüttert, sondern gehoben ist, sonst würden die Angriffe seiner Gegner nicht so heftig werden. Aus dieser Erkenntnis heraus müssen wir aber dazu kommen, die konservativen Weltanschauung in etwas zeitgemäßer Form zu gießen. Wir dürfen an die Neuorientierung unserer ganzen inneren Politik nicht mit passiver Resignation und Negation, sondern mit dem festen und frischen Willen der Mitarbeit herangehen. Es ist selbstverständlich, daß wir dem konservativen Gedankens eine breitere Basis, eine weitere Form geben, daß wir uns aufzuklären müssen, um das volle Gewicht der im Volke vorhandenen konservativen Kräfte gegen den allzu futuristischen Zug nach links zur Geltung zu bringen. Auf diese Weise wird der deutsch-konservativen Partei der jetzt verloren gegangene Anhalt an die Mittelparteien erleichtert, wie auch die Reichspartei mit den ihr angeschlossenen Gruppen verbindet, zu weit nach links abzurufen. Logischer Weise würde die Durchführung des Gedankens uns dahin bringen, nicht nur die Fraktionen im Reichstage, sondern die Parteien im Lande, also vor allem auch die Fraktionen im Abgeordnetenhaus zu vereinen. Aber wie die Verhältnisse nun einmal liegen, ist vorläufig an eine Verschmelzung der Parteien nicht zu denken. Kommen wird sie höchstens einmal, ganz amangefangenen, heute ist man aber auf beiden Seiten noch nicht reif dafür, die Kut ist noch nicht erkennbar genug und wir werden erst noch gründlich befragt werden müssen, bis die Erkenntnis der Notwendigkeit sich allgemein Bahn bricht. Bis dahin heißt es, mit halben Maßnahmen zu operieren und das Bestmögliche aus der Lage zu machen. Dennoch möchten wir dem Gedanken zunächst theoretisch einmal nachtreten: In einer neuen „Vereinigten Rechten“ würden Schattierungen so verschiedener Art vertreten sein, daß sie sich nur ertragen und zusammenhalten ließe, wenn sie aus einer großen konservativen Partei im Lande herauswüchse, aus einer Partei, die auf den alle ionischen Eigenschaften überbrückenden und verbindenden konservativen Gedanken im Volke eingestuft wäre. Eine „konservative Volkspartei“ wäre insofern, weil auseinanderbestehende Elemente zusammenzufassen und zu halten. Wenn wir auch das Zentrum nicht als hierfür passende Vorstufe ansehen möchten — weil in diesem letzten Endes doch immer das funktionelle Band das entscheidende ist —, so haben wir doch ein so festes Vertrauen zu der Folgerichtigkeit, Selbstheit und Notwendigkeit des konservativen Gedankens, daß wir an seiner Tragfähigkeit für eine große Gesamtpartei nicht zweifeln. Das neue konservative Gedankens von Grund aus auf breiterer Basis aufgebaut werden, wenn es halten soll. Dazu bedarf es aber auch weitgehender Vorarbeiten.

Schon in der Arbeiterfrage müßte vorher eine Klärung erfolgt sein. Auch für die deutsch-konservativen müssen wir es für unbedingt notwendig halten, Beziehungen zu den Arbeitern aufzunehmen. Die freikonservative Partei hat das insofern äußerlich durch die Vereinigung mit Wilm und Wehren getan, freilich mit dem Erfolge, daß ein Wehner dieser Fraktion das Gegenteil des beabsichtigten hat. Deshalb müssen wir uns vorher darüber klar werden, ob wir es mit den Arbeitern oder den christlich-sozialen Arbeitern halten wollen. Die Lösung dieser Frage ist aber noch lange nicht reif, manche andere ebenso wenig. Das ist so überhaupt die Schwierigkeit der Situation, daß die Unabsehbarkeit der Neuorientierung wohl von allen und die Notwendigkeit, mitzugehen, von den meisten unter uns eingesehen wird, daß wir aber sofort in die Brücke kommen, wenn es sich um die Stellungnahme zu einzelnen konkreten Fragen unserer konservativen Neuorientierung handelt. Es fehlt eben vorläufig noch eine höhere Vertiefung der Positionen, die wir einstigen müssen, und der Grenze, bis zu der wir gehen können. Um sie zu finden, bedarf es weiter nichts als guten Willen zur Verständigung zwischen den Parteileitungen, nicht nur von Fall zu Fall, sondern auch über gewisse Grundlinien des Vorgehens, guten Willen zwischen der Presse, guten Willen und etwas mehr Nachsicht überall, in menschlichen und politischen Dingen. Bei den vertrauensvollen Beziehungen, die zwischen diesen Fraktionsmitgliedern hin- und hergehen und auch meist im Lande vorhanden sind, bei der Gedächtnis der weitestgehenden Programmpunkte und Bestrebungen, vor allem aber in der gemeinsamen Abwehr sozialdemokratischer, sozialistischer und Revolutionärgedanken müßte der Weg einer sehr viel engeren Verständigung, als dies bisher der Fall war, zu finden sein. Getrennt markieren, vereint schlagen sollte die Lösung sein, vor allen Dingen bei den künftigen Wahlen. Die praktische

